

(A)

(C)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich rufe nun die Zusatzpunkte 17 bis 19 auf:

ZP 17 Beratung des Antrags der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Priska Hinz (Herborn), Fritz Kuhn, weiterer Abgeordneter sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission „Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU“ (KOM [2010] 522, 523, 524, 525, 526, 527)

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Bundesregierung muss unverzüglich europäisch gestalten

– Drucksache 17/6316 –

ZP 18 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

zu dem Vorschlag für eine Verordnung (EU) Nr. .../... des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit

– Ratsdok.-Nr. 14496/10 –

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten

– Ratsdok.-Nr. 14497/10 –

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet

– Ratsdok.-Nr. 14498/10 –

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwa-

(B)

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A) **chung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik**
– Ratsdok.-Nr. 14520/10 –

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

– Drucksachen 17/5904, 17/6168 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Roland Claus

Priska Hinz (Herborn)

ZP 19 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Michael Schlecht, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet (Ratsdok. 14512/10, KOM[2010] 525)

zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Ratsdok. 14515/10, KOM[2010] 527)

(B) **hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes**

– Drucksachen 17/5905, 17/6175 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Garrelt Duin

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegen Manuel Sarrazin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir Grüne beantragen heute, dass die Bundesregierung den Weg freimacht. Das ist ein bisschen ungewöhnlich. Normalerweise wirft man uns vor, die Dagegen-Partei zu sein. In dieser historischen Situation, in der die Europäische Union eine kleine Revolution machen will – so beschrieben es manche Publizisten letztes Jahr –, indem sie einen Schritt in Richtung einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung geht, wodurch wir Europa gemeinsam voranbringen können, sind die Rollen plötzlich vertauscht. Auf dieser Seite des Hauses sitzen die Dagegen-Koalition und die Dagegen-Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Oliver Luksic [FDP]: Schlechtes Plagiat!)

(C)

Worum geht es? Ein Jahr lang habe ich von Ihnen gehört – das haben Sie auch mehrfach beschlossen –, dass Sie bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt automatische Sanktionen wollen. Sie wollen die quasi-automatische Mehrheit. All diese Punkte höre ich von Ihnen seit einem Jahr. Sie haben Ihre Regierung dazu aufgefordert. Doch was ist vor zwei Wochen passiert? Die Bundeskanzlerin kam von einem Treffen mit Herrn Sarkozy wieder, auf dem sie genau diesen Punkt eingestampft hat, und zwar nicht, weil alle in Europa dagegen wären. Das Europäische Parlament hat darauf gedrungen, diese Stärkung des Stabilitätspaktes zu bekommen, die von Deutschland jetzt in den Orkus geschüttet wird. Verkehrte Welt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit welcher Begründung machen Sie das? Sie erklären uns: Wir müssen verhindern, dass in der künftigen Wirtschaftsregierung bei den Indikatoren im sogenannten Scoreboard ein symmetrischer Ansatz herrscht,

(Oliver Luksic [FDP]: Asymmetrischer Ansatz! Genau das Gegenteil!)

ansonsten würde Europa Deutschland die Exportkraft rauben und – böse, böse – dafür sorgen, dass unser Aufschwung nicht mehr stattfindet. Sie haben mit diesem Thema einen Popanz aufgeblasen.

(Oliver Luksic [FDP]: Sie blasen doch auf!)

(D)

Glauben Sie wirklich, dass die Europäische Kommission kein Interesse daran hat, dass sich Deutschland wirtschaftlich verbessert? Oder haben Sie Angst, dass die Europäische Kommission aufschreibt, wo auch Deutschland noch besser werden kann, und versucht, dies einzufordern, damit wir in ganz Europa endlich zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen kommen? Diesen Popanz haben Sie aufgeblasen. Jetzt verticken Sie das deutsche Interesse an einem stärkeren Stabilitäts- und Wachstumspakt, um einen Popanz zu retten. Das ist wirklich ein schwaches Stück dieser Dagegen-Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Thema ist aber auch eine Gelegenheit, über Ihren Stil zu reden. Das Europäische Parlament hat sich auf eine Position verständigt. Das Europäische Parlament hat Vorschläge vorgelegt, um die umgekehrte Mehrheit und die Symmetrie zu erreichen. Der Rat hat sich auf etwas verständigt. Verschiedene Positionen im Rat sind ausgehandelt worden. Alle in Europa, das Europäische Parlament mit dem ganzen Haus und der Rat unter ungarischer Ratspräsidentschaft mit allen anderen Staaten, haben sich auf einen Deal geeinigt, der jedem etwas gibt, aber auch jeden etwas kostet.

Dann kommt die Bundesregierung mit der Haltung: Ganz oder gar nicht, wir kriegen alles, sonst machen wir nichts. Dies machen Sie, obwohl Sie genau wissen, wie wichtig in der jetzigen Situation eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Überwachung und des Stabilitäts- und

Manuel Sarrazin

- (A) Wachstumspakts ist. Mit dieser Art, hinter der sich wieder Ihre Unionsmethode versteckt, verhindern Sie Lösungen in der Europäischen Union. So funktioniert Europa nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In unserem Antrag geht es nicht darum, dass Sie gegen die Prüfung in Bezug auf Euro-Bonds und gegen die Einführung eines delegierten Rechtsaktes waren; es geht nicht um alles, bei dem Sie dagegen waren. Es geht um die zwei entscheidenden Punkte, die jetzt noch auf dem Tisch liegen. Gerade meine Kollegen von der FDP werden zumindest einem dieser Punkte zustimmen müssen; denn im Moment droht es gerade Ihrer Fraktion im Europäischen Parlament, von dieser Regierung an der Nase herumgeführt zu werden.

Seit einem Jahr rennen Sie mit Forderungen herum. Sie beschließen diese mehrfach hier im Haus. Jetzt plötzlich werden von der Regierung rechtliche Bedenken vorgetragen. Geben Sie es einfach zu: Die Dagegen-Regierung hat es verdrückt und möchte das hier nicht zugeben. So funktioniert das nicht.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bettina Kudla für die CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bettina Kudla (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich den Antrag der Grünen „Bundesregierung muss unverzüglich europäisch gestalten“ las, habe ich mich sehr gewundert. Der Antrag ist in einer Sprache geschrieben, die nicht unbedingt an ein Dokument des Deutschen Parlamentes erinnert.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gegensatz zu Ihren Reden!)

Es scheint so, als wollten Sie um Ihren Antrag unbedingt einen Popanz aufbauen; aber darauf möchte ich jetzt nicht näher eingehen.

Zum Inhalt: In Ihrem Antrag behaupten Sie, die Bundesregierung würde die haushalts- und wirtschaftspolitische Steuerung in der EU blockieren. Sie kritisieren – das haben Sie jetzt noch einmal deutlich dargelegt – die von der Bundesregierung vertretene Auffassung zur wirtschaftspolitischen Überwachung. Es ist schon abenteu-erlich, wenn Sie der Bundesregierung Verzögerung bei der Durchsetzung von Maßnahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorwerfen. Das Legislativpaket der Kommission zur Stärkung des Wachstumspaktes, welches Sie in Ihrem Antrag ansprechen, also das sogenannte Sixpack, wurde auf dem Europäischen Rat im März 2011 bestätigt mit der Zielrichtung, auf dieser Basis die Gespräche mit dem EU-Parlament zu beginnen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

- Nun zu dem Sixpack, das Deutschland unmittelbar am stärksten betrifft. Ich finde es schon grob fahrlässig, mit welcher Lässigkeit Sie darüber sprechen. (C)

Die wirtschaftlichen Probleme in den Staaten der süd-europäischen Euro-Länder, aber auch in manchen Nicht-Euro-Ländern der EU haben vor allem eine Ursache: die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Diese fehlende Wettbewerbsfähigkeit bedeutet, dass der Staat zu wenig Steuereinnahmen bei gleichzeitig zu hohen Ausgaben für soziale Sicherung und Arbeitslosigkeit hat. Dies führt zu hoher Staatsverschuldung.

Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit kann man an vielen Kriterien festmachen, zum Beispiel am Anteil der Industriearbeitsplätze, am Anteil der Privatwirtschaft am Bruttonationaleinkommen, an der Qualität der Infrastruktur, am Bildungswesen, aber auch an der Leistungsbilanz, also Exporte minus Importe. Die südeuropäischen Länder sind von einem hohen Leistungsbilanzdefizit gekennzeichnet. Deutschland wiederum hat aufgrund seines starken Exportes einen hohen Leistungsbilanzüberschuss. Will man die Krise in den südeuropäischen Staaten überwinden, so muss die Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten gestärkt werden. Die Bundesregierung vertritt hierzu die klare Auffassung, dass der asymmetrische Ansatz gewählt werden muss. Dieser Ansatz wurde auch auf dem Europäischen Rat vom März dieses Jahres bestätigt.

- Was bedeutet nun der asymmetrische Ansatz? Eine wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik muss sich an den Besten orientieren und nicht an den Schlechtesten. Die Gesamtheit wird nicht besser, wenn die wirtschaftlich stärkeren Länder schwächer werden. (D)

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das eigentlich mit dem Thema zu tun?)

Ich bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dann verbessert sich nämlich für die schwächeren Länder nichts, rein gar nichts. Das wäre ungefähr so, als wenn Sie den beiden deutschen Fußballnationalmannschaften vorschlagen würden, sie sollten Birgit Prinz und Philipp Lahm aus der Mannschaft herausnehmen, dann gehe es den Mannschaften anderer Länder besser. Das kann es nicht sein.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Prinz war nicht immer in der Startelf!)

Der sogenannte symmetrische Ansatz, der im Antrag der Grünen vorgeschlagen wird, wird daher von der Bundesregierung zu Recht abgelehnt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wegen Birgit Prinz oder wegen Philipp Lahm?)

Bettina Kudla

- (A) Dieser Ansatz würde eine Schwächung der EU insgesamt bedeuten, wenn ein Teil der Staaten sich auf einem niedrigeren wirtschaftlichen Niveau befindet.

Ich wiederhole: keine Nivellierung der Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, sondern Orientierung an der Wettbewerbsfähigkeit der Besten. Sie können doch nicht ernsthaft wollen, dass die Wirtschaft in Deutschland schwächer wird. Wollen Sie das den Menschen sagen? Und wollen Sie vielleicht noch hinzufügen: „Verliert möglichst in Deutschland eure Arbeitsplätze“?

Übrigens: Vor einigen Wochen haben sich im *Handelsblatt* zwölf namhafte Professoren zur aktuellen Europapolitik unter dem Titel „Zwölf gegen Merkel“ geäußert. Dem Titel können Sie entnehmen, dass die Wissenschaftler der Bundesregierung nicht unbedingt freundlich gesonnen waren. Einer der Professoren aber stellte Folgendes fest:

Da es keine schlechten Standorte gibt, sondern nur falsche Wirtschaftsstrukturen, sind solche Faktoren zu analysieren, die Fehlanpassungen begünstigen. Viele

– insbesondere die Grünen; das gehört allerdings nicht zum Zitat –

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

fixieren sich auf außenwirtschaftliche Ungleichgewichte. Aber: Außenhandelsüberschüsse sind auch Ausdruck von Arbeitsteilung und Entwicklungsstatus. Gleiches gilt für Sparquoten ...

(B)

Deutschland ist nun einmal ein hochtechnisiertes Exportland. Die Regierungsfaktionen setzen sich dafür ein, dass dies auch so bleibt. Deutschland kann strukturell in einer globalisierten Welt durchaus weiterhin einen Leistungsbilanzüberschuss haben.

(Michael Schlecht [DIE LINKE]: Nein!)

– Doch.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU/CSU: Einfach mal draufhauen, so ist es richtig!)

Und nun zu den Anträgen der Linken. Diese Anträge wenden sich gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt an sich. Das ist nicht nachvollziehbar. Wenn es Probleme gibt, muss man sich mit den Ursachen auseinandersetzen. Unsolide Haushaltspolitik und fehlende Wettbewerbsfähigkeit sind die Ursachen der Verschuldung von Staaten. Folglich müssen diese Ursachen beseitigt werden. Das wird aber nur gelingen durch solide Haushaltspolitik, gepaart mit Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Schließlich heißt es ja „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, beides ist genannt. Dazu gehören auch ein wettbewerbsfähiges Lohnniveau und gute Rahmenbedingungen, damit die Löhne entsprechend steigen können.

Die Einführung der Schuldenbremse hat sich in Deutschland bewährt. Sie sollte auch in den Verfassungen anderer Länder verankert werden. Ich finde es kontraproduktiv, dass Sie hier zentrale Forderungen, die die

Bundesregierung in Brüssel durchgesetzt hat, torpedieren. Hören Sie auf, Forderungen zu stellen, die nicht im Interesse unserer Bürger sind! Nur eine florierende Wirtschaft in Deutschland und Europa ist Garantie für Wohlstand. Nur eine starke deutsche Wirtschaft bedeutet Chancen für die Menschen und soziale Sicherheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Michael Roth für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen kein gesteigertes Interesse daran zu geben, öffentlich über Europa zu debattieren.

(Oliver Luksic [FDP]: Ach! Das haben wir doch gerade erklärt!)

Das haben wir in der jüngsten Vergangenheit allzu oft erlebt.

(Oliver Luksic [FDP]: Quatsch!)

Insofern bin ich den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen für ihren Antrag ausgesprochen dankbar.

(Oliver Luksic [FDP]: Als Juniorpartner muss man sich schon mal auf den anderen verlassen können!)

(D)

In Sonntagsreden spielt die Wirtschaftskoordination eine ganz zentrale Rolle. Es dürfte keinen Politiker und keine Politikerin geben, der bzw. die nicht immer wieder sagt: Jetzt müsste koordiniert werden; das ist überfällig. Wie es konkret in der Praxis aussieht, darüber wird aber zu Recht gestritten. Dass Sie das nicht gerne hören, weiß ich. Dennoch sollte man Ihnen den einen oder anderen Hinweis ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Krise ist sicherlich maßgeblich verursacht durch eine unzureichende, nicht vorhandene Regulierung bzw. Kontrolle unserer Finanzmärkte. Die Ursachen finden sich aber auch in fehlender Koordination der Wirtschafts-, der Haushalts-, der Finanz- und der Sozialpolitik. Das greift tief in nationale Souveränitäten ein. Deswegen ist es gut, dass wir diese Diskussion heute hier im Bundestag führen, auch wenn ich sie mir zu einer etwas attraktiveren Zeit gewünscht hätte.

Der Ansatz der Kommission, das sogenannte Sixpack bzw. die Rehn-Vorschläge, ist im Grundsatz richtig. Aber eine alleinige Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes führt doch in die Irre. Ich bitte Sie, Frau Kudla, und Ihre Kolleginnen und Kollegen um ein Stück mehr Realitätssinn. Die gegenwärtige Krise, die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union, hat nicht in allen Mitgliedstaaten mit einer Infragestellung des Stabilitäts- und Wachstumspaketes zu tun. Das trifft

Michael Roth (Heringen)

- (A) auf Griechenland sicher zu. Schauen Sie sich aber einmal die Situation in Irland an; dort hat man eine FDP-Politik in Reinkultur betrieben. Schauen Sie sich einmal die Situation in Portugal oder Spanien an; dort hat man auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gute Fortschritte erzielt. Diese Länder hatten eine niedrigere Verschuldungsrate als beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Sie sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen führen und sich fragen, warum die Verschuldung in Deutschland gerade in der jüngsten Vergangenheit massiv zugenommen hat – das werfe ich Ihnen gar nicht vor, auch wenn Sie zumindest in der Großen Koalition daran beteiligt waren –, stellen Sie fest: Wir haben die Krise durch massive öffentliche Investitionen zu schultern versucht. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wir halbwegs erfolgreich aus der Krise gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt immer zu behaupten, Schulden seien per se von Übel, ist doch völliger Blödsinn.

Der Ansatz, den meine Fraktion und unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament fahren, ist genau der richtige. Wir müssen endlich differenzieren: Investitionen in überflüssige und überbordende Bürokratie sind der falsche Weg. Aber nachhaltige Investitionen in erneuerbare Energien, in Forschung und in Innovationen sind in Griechenland genauso nötig wie in Spanien, in Portugal, in Irland und in Deutschland. Das war einer der wesentlichen Ansätze, die vom Europäischen Parlament verfolgt worden sind und die von Ihnen – ich kann niemanden direkt ansprechen, weil seitens der Bundesregierung heute niemand da ist –

(B)

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Unglaublich!)

bzw. von der Bundesregierung beharrlich blockiert worden sind. Wir brauchen Wachstum und Beschäftigung. Dass Sie seitens der CDU/CSU und der FDP sich dieser Erkenntnis wieder verweigern, irritiert mich schon. Denn ich habe in Ihren jüngsten Anträgen zumindest ab und zu mal gelesen, dass auch Sie dafür und der Meinung sind, dass reines Sparen um des Sparens willen die Länder nicht aus der Krise führt, sondern dass wir auch Wachstum, Beschäftigungsimpulse sowie nachhaltige Investitionen brauchen. Hier haben Sie offenkundig nichts dazugelernt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen uns ganz selbstbewusst dem symmetrischen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Ich weiß natürlich, dass Ihnen das nicht passt. Ideologisch ist das für Sie Gift. Denn es geht doch nicht allen Ernstes darum, dass wir, die wir einen symmetrischen Abbau der Ungleichgewichte einfordern, die deutschen Exporte vermindern wollen. Wir müssen uns aber selber fragen: Inwieweit haben wir einen Beitrag dazu geleistet, dass die Bilanzen in vielen Mitgliedstaaten so aussehen, wie sie aussehen? Es besteht also nicht nur ein Auftrag zum Handeln in den Ländern, die ein Defizit haben, sondern auch bei denjenigen, die einen Überschuss aufweisen.

- (C) Das bedeutet für uns gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne in allen Branchen. Weiter heißt das für uns, die Binnennachfrage anzukurbeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit überholter Ideologie hat das überhaupt nichts zu tun, zumal wir das zu Recht immer wieder innenpolitisch einfordern. Es hat aber eben auch Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union. So viel Solidarität sollte man zumindest von Ihnen erwarten können – gerade auch angesichts der Tatsache, dass Sie ebenso wie wir dafür eintreten, unsere Arbeitsmärkte zu öffnen und Arbeitnehmerfreizügigkeit walten zu lassen. Das muss sozial flankiert werden. Mindestlöhne sind da ein wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ebenso begrüßen wir, dass die liberale Europaabgeordnete Sylvie Goulard ebenso wie wir konditionierte Euro-Bonds einfordert. In der Europäischen Union brauchen wir konditionierte Gemeinschaftsanleihen. Auch das ist eine Forderung, die von der Bundesregierung brüsk abgelehnt worden ist.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Noch!)

- (D) In all dem zeigt sich wieder einmal, dass die Europapolitik der Bundeskanzlerin bzw. dieser Regierung kläglich gescheitert ist. Es ist heute noch nicht abzusehen, wie groß die Kollateralschäden in der Europäischen Union sind, die diese Regierung und Sie zu verantworten haben. Die Methoden der Bundeskanzlerin – das wird auch angesichts der Verhandlungen im Rahmen des Sixpacks eindrücklich deutlich – sind ganz einfach geprägt:

Frau Merkel spaltet die Europäische Union, indem sie die südeuropäischen Länder beschimpft und die Klischees und Vorurteile des Boulevards bedient. Sie sorgt nicht mehr für Partnerschaft, Kooperation und gegenseitiges Vertrauen, sondern haut erst einmal so richtig auf die anderen drauf. Wir brüskieren die Luxemburger bzw. die Partnerstaaten. Dann beschweren wir uns darüber, dass wir in der Europäischen Union nicht gemeinsam vorankommen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Silberhorn?

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Bitte schön.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Kollege Roth, Sie treten zum wiederholten Male für Euro-Bonds ein. Verstehe ich Sie richtig, dass Sie unter Euro-Bonds Anleihen verstehen, die sich von den bisherigen Finanzhilfen, die die Mitgliedstaaten der Euro-Zone gewähren, dadurch unterscheiden, dass die Geberländer nicht anteilig haften, sondern dass eine gesamtschuldnerische Haftung besteht, dass also jeder einzelne Mitgliedstaat eine Garantie für die gesamte Kredit-

Thomas Silberhorn

- (A) summe übernimmt? Wenn dies der Fall ist: Glauben Sie, dass Sie die Öffentlichkeit davon überzeugen können? Denn mit Euro-Bonds würde ein Modell eingeführt, bei dem sich Solidarität als Einbahnstraße darstellt. Weshalb wehren Sie sich dagegen, dass jeder, der zu einem Kredit beiträgt, anteilig haftet, sodass sich nicht der eine auf den anderen verlässt, sondern jeder, der gibt, weiß, wofür er sich einlässt?

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Lieber Herr Kollege Silberhorn, wenn die bisherige Krisenbewältigungspolitik in der Europäischen Union große Erfolge gezeitigt hätte, könnte ich Ihre Bedenkträgerei noch verstehen. Wie sieht es aber aus? Die Wahrheit ist: Ihre Regierung hat bislang alle Vorschläge, die auf den Tisch gelegt wurden, brüsk abgelehnt. Sie hat sich anfänglich gegen jegliche solidarische Hilfe für andere Länder ausgesprochen. Die Hilfe kam. Sie hat sich gegen einen Rettungsschirm ausgesprochen. Der Rettungsschirm kam. Sie hat sich für eine Befristung des Rettungsschirms ausgesprochen. Die Entfristung wird mit dem ESM sehr wahrscheinlich kommen, es sei denn, Sie erklären uns, dass Sie dem nicht zustimmen wollen. Nichts hat gefruchtet. Nun haben wir es abermals mit einem Rettungspaket für Griechenland zu tun, obwohl Ihre Regierung erklärt hat, dass es das letzte gewesen sei und dass man eine klare Strategie verfolgen würde, um aus der Krise herauszukommen.

- (B) Es ist niemandem zu verdenken, angesichts des Scheiterns der bisherigen Krisenstrategien über neue Wege nachzudenken. In meiner Fraktion und unter den Befürworterinnen und Befürwortern von Gemeinschaftsanleihen ist niemand dabei, der nicht auch der Meinung ist, dass Staaten wie Deutschland einen Beitrag zu leisten haben. Selbstverständlich muss Deutschland einen Beitrag leisten. Wir helfen den Staaten, die in eine Krise geraten sind, unter bestimmten Bedingungen nachhaltig, weil wir deren Refinanzierungschancen massiv erhöhen.

Selbstverständlich zahlen auch wir einen Preis. Den Preis zahlen wir jedoch so oder so. Wir zahlen ihn auch jetzt schon für die Problembewältigung in Griechenland. Sie können den Bürgerinnen und Bürgern nicht ständig einreden, dass das, was sich derzeit in der Europäischen Union abspielt, ohne solidarische Beiträge auch aus Deutschland zu richten ist.

(Oliver Luksic [FDP]: Das ist ein Freifahrtsschein! Das ist ein Fass ohne Boden!)

Diese Ehrlichkeit erwarte ich von Ihnen. Sie können nicht einfach auf kleinkarierte Weise sagen: Gemeinschaftsanleihen sind eine Solidarität der Einbahnstraße. Nein, sie sind eine Solidarität der Zweibahnstraßen. Dafür steht meine Fraktion. Ich hoffe, dass wir Sie irgendwann noch davon überzeugen können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei weitere Punkte erwähnen: Wir sind davon überzeugt, dass der Weg der Renationalisierung, der von Frau Bundeskanzlerin Merkel maßgeblich zu verantworten ist, in die Irre führt. Es gibt nun eine neue Methode, und zwar die

Unionsmethode. Diese führt dazu, dass die Staats- und Regierungschefs immer mehr Verantwortung bekommen und dass Gemeinschaftsinstitutionen geschwächt werden. Auch an dieser Stelle sehe ich keinen substantziellen Erfolg, der mit dem Namen dieser Regierung verbunden ist. (C)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Zum Schluss möchte ich auf die Merkel'sche Methode der Beliebigkeit nochmals zu sprechen kommen. Sie lehnen erst einmal alles brüsk ab. Sie legen sich mit jedem Partner an. Dann wird es über den Hinterhof aber doch so gemacht, wie Sie es immer abgelehnt haben. Ich bin mir sicher: In Ihrem tiefen Inneren sind Sie der Überzeugung, dass das der falsche Weg ist. Heute wäre Ihre Chance gewesen, deutlich zu machen, dass Sie bereit sind, gemeinsam mit uns einen anderen und besseren Weg für die Europäerinnen und Europäer zu suchen und zu finden. Leider haben Sie diese Chance nicht ergriffen.

Vielen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Oliver Luksic für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Oliver Luksic (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns inmitten einer schweren Schuldenkrise. Wir mussten für drei Euro-Länder Rettungspakete schnüren. Wir mussten Hilfe zur Selbsthilfe leisten, weil europäische Regeln nicht durchgesetzt werden konnten oder sich Länder nicht an Regeln gehalten haben. Wir haben also nicht zu wenig Europa, sondern brauchen ein stärkeres Europa. Wir brauchen einen stärkeren Stabilitätspakt. Wir müssen die Gemeinschaftsinstitutionen stärken. Denn nur ein starkes Europa kann künftig Krisen verhindern. (D)

Vor allem müssen die Mitgliedstaaten der Verantwortung nachkommen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das ist Aufgabe der Mitgliedstaaten. Im Falle Griechenlands heißt das, dass die Versprechungen nach den erfolgreichen Abstimmungen im Parlament auch umgesetzt werden müssen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Privatisierung. Ich möchte hier auch ausdrücklich den griechischen Premierminister Papandreou loben, der mit der parlamentarischen Zustimmung zu weiteren Reformen den ungeordneten Staatsbankrott Griechenlands verhindert hat. Damit wurden Deutschland und auch Europa vor einer schweren Krise bewahrt. Das verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir ziehen zwei Schlussfolgerungen aus der Staatsschuldenkrise. Wir brauchen ein stärkeres Europa. Ret-

Oliver Luksic

- (A) tungspakete darf es nur in äußersten Notfällen, also als Ultima Ratio, geben. Sie dürfen nicht zum Dauerzustand werden, sie erkaufen nämlich nur Zeit, um die Ursachen der Probleme anzugehen. Dafür ist in der Tat entscheidend, dass die Haushalts- und Wirtschaftspolitik in Europa schon früher überwacht und, wenn nötig, korrigiert wird.

Um dies zu erreichen, hat die Kommission sechs Gesetzgebungsvorschläge zur Stärkung des Stabilitätspaktes und zur makroökonomischen Überwachung vorgelegt. Die FDP-Bundestagsfraktion ist überzeugt, dass die Rehn-Vorschläge in die richtige Richtung gehen. Jetzt geht es darum, auf europäischer Ebene einen Kompromiss zu finden, damit es nicht mehr zu Rettungspaketen kommen muss; denn klar ist: Je länger die Politik in die falsche Richtung läuft, je länger Reformen verschlafen und je länger zu hohe Schulden gemacht werden, desto teurer wird es am Ende.

Um eine wirksame Prävention zu erreichen, müssen die Gemeinschaftsinstitutionen gestärkt werden. Die Sanktionierung von Fehlverhalten muss weitestgehend entpolitisiert werden, also aus der Hand der Mitgliedstaaten genommen werden; denn sonst bleiben die Täter ihre eigenen Wächter. Der Kompromiss von Deauville darf nicht das letzte Wort bleiben. Wir brauchen weitgehend automatisierte und weiter als bisher gehende in Brüssel verhandelte Sanktionen

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das hat die Bundesregierung abgelehnt!)

- (B) gegen die Staaten, die gegen den Stabilitätspakt verstoßen. Wir brauchen einen neuen Stabilitätspakt. Ich setze darauf, dass das Europäische Parlament einiges in diese Richtung durchsetzen wird.

Noch wichtiger als die institutionellen Verfahren in Brüssel sind strukturelle Reformen in den Mitgliedstaaten. Die geforderte vernünftige makroökonomische Koordinierung besteht gerade darin, die Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedstaaten zu stärken. Ich kann nur wiederholen, was Frau Kudla gesagt hat: Deutschlands Leistungsbilanzüberschüsse sind nicht schuld an den Defiziten anderer Mitgliedstaaten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegin Sarrazin?

Oliver Luksic (FDP):
Bitte schön.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege Luksic, ist die FDP-Bundestagsfraktion dafür, dass sich die Liberalen im Europaparlament mit ihrer Forderung nach einer umgekehrten Mehrheit zur Einleitung des Verfahrens im präventiven Arm des Stabilitätspakts durchsetzen? Wenn Sie einen Kompromiss eingehen wollen, dann kann ich Ihnen sagen: Es gibt in Europa keinen mehr, der gegen diese Position ist, außer der von Ihnen getragene Bundesregierung. Deswe-

gen sagen Sie doch einfach: Teilen Sie die Position oder nicht? (C)

Oliver Luksic (FDP):

Lieber Kollege Sarrazin, wir teilen diese Position. Wir setzen auf das Europäische Parlament, dass diese wichtige Forderung nicht nur im reaktiven, sondern auch so weit wie möglich im präventiven Arm durchgesetzt wird.

Es freut mich, dass Sie sich in dieser Sache so engagieren.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Herzlichen Dank, Herr Kollege!)

Ich hätte mir Ihr Engagement auch bei der Enthaltung zum Euro-Rettungsschirm gewünscht. In dieser wichtigen Stunde haben Sie sich leider enthalten.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie teilen die Position, die die Bundesregierung gerade weghaut! Das ist erstaunlich!)

Das war daneben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ihr Problem mit Leistungsbilanzüberschüssen ist, dass Sie eine staatsfixierte Weltansicht zugrunde legen. Es ist nicht die Bundesregierung oder der Staat, der festlegt, welches Modell wir haben, sondern es sind Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten in Deutschland, die über unsere Wirtschaftsstruktur entscheiden. In dieser Hinsicht haben Sie leider ein grundsätzliches Problem in Ihrem Verständnis. 2010 gingen gerade einmal 0,6 Prozent unseres Exports nach Griechenland. Das Problem in Griechenland wäre nicht gelöst, wenn statt deutschen italienische, russische oder chinesische Produkte importiert würden. (D)

Der symmetrische Ansatz, den Sie fordern, hilft bei der Bewältigung der Problemursachen nicht. Er lindert nicht einmal die Symptome.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist übrigens von Kommissar Rehn! Der ist kein Grüner!)

Unser asymmetrischer Ansatz bedeutet, dass wir uns an den Besten in der Welt und nicht an den Schwächsten in Europa orientieren. Kurzum: Ihre Forderung nach einem symmetrischen Ansatz in der wirtschaftspolitischen Koordinierung bedeutet, Leistungsbilanzüberschüsse abzubauen – da sind Sie sich, von den Grünen bis zur Linkspartei, einig –, aber ich kann Ihnen sagen: Ein Programm zum Abbau deutscher Exporte und damit zum Abbau deutscher Arbeitsplätze wird unsere Koalition nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Im Antrag der Grünen heißt es:

Europa ist kein Durchboxen von Mindermeinungen.

Oliver Luksic

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, die Bundesregierung hat die Beteiligung privater Gläubiger im ESM-Vertrag verankert.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das mit der umgekehrten Mehrheit, Herr Kollege Luksic, das verhindern nur Sie!)

Die CACs kommen. Auch beim Thema der Beteiligung privater Gläubiger an einem weiteren Griechenlandpaket gibt es Bewegung. Nach Ihrem Antrag hätten wir das zugunsten der Mehrheitsmeinung aufgeben müssen. Es ist gut, dass die Bundesregierung die Minderheitenmeinung in Europa durchgesetzt hat. Das ist gut für Deutschland und für den Euro-Raum.

Wenn Sie am Verhandlungstisch säßen, würden Sie den Krisenländern die notwendigen Reformen ersparen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schwächen den Stabilitätspakt!)

Eine Einsetzung von Euro-Bonds bedeutet, Geld zu verleihen, ohne die notwendigen Anpassungsprogramme zu berücksichtigen. Das hilft weder beim Schuldenabbau noch beim Thema Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen auf Fordern und Fördern, auf Hilfe zur Selbsthilfe.

- (B) Es geht eben nicht, wie Sie es suggerieren, um deutsche Interessen, sondern es geht um die richtigen ordnungspolitischen Regeln für Europa und für einen stabilen Euro. Deswegen wollen wir die EU und den Stabilitätspakt jetzt stärken. Wir wollen mehr und nicht weniger Kontrolle durch die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Die Mitgliedstaaten müssen notwendige Reformen umsetzen, statt auf Brüssel zu verweisen.

Ihr Ansatz wäre nicht im deutschen Interesse und schlecht für Europa. Es ist gut, dass die Bundesregierung ihre Position offensiv einbringt und durchsetzt, wie beim Thema Gläubigerbeteiligung. Die Gestaltungskraft der Grünen haben wir bei Ihrer Enthaltung zum Rettungsschirm leider vor Augen geführt bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Michael Schlecht für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Schlecht (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es steht schlecht um Europa,

(Oliver Luksic [FDP]: Was der Herr Schlecht so sagt!)

solange die beiden Fraktionen des Deutschen Bundestages, die die Regierung bilden, die Mehrheit haben; denn Sie haben Ansichten, die auf die Zerstörung des europäischen Integrationsprozesses hinauslaufen.

(Oliver Luksic [FDP]: Das sagt gerade die Linke! Also wirklich! Immer gegen Europa! Auch gegen Lissabon!) (C)

– Ich erkläre Ihnen das. Bleiben Sie doch ganz ruhig. Sie können etwas lernen, wenn Sie hier zuhören.

(Oliver Luksic [FDP]: Das glaube ich nicht!)

Ihre Position, die Sie hier jetzt mehrfach vorgetragen haben, ist, dass die Außenhandelsungleichgewichte, die Leistungsbilanzüberschüsse, überhaupt kein Problem sind und dass dies eine vermeintliche Stärke Deutschlands ist. Das ist ein großer Irrtum. In diesem Punkt besteht eine große Differenz.

Wenn man alle Außenhandelsüberschüsse Deutschlands der letzten zehn Jahren aufaddiert – es hat ja immer Überschüsse gegeben –, dann erhält man eine Summe in der Größenordnung von 1,2 Billionen Euro. Diese 1,2 Billionen Euro Außenhandelsüberschuss sind und waren nur möglich, weil es auf der anderen Seite Länder gibt, die Außenhandelsdefizite in entsprechender Größenordnung haben, das heißt im Klartext, sich verschulden mussten. Da Deutschland gut 60 Prozent seines Außenhandels mit seinen europäischen Partnerländern betreibt, ist klar, dass sich die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands vor allen Dingen in einer zunehmenden Verschuldung dieser Länder widerspiegeln. Der Überschuss in Deutschland findet sich also spiegelbildlich in dieser Verschuldung wieder. Insofern muss die Verschuldung in diesen Ländern – sei es in Griechenland, Portugal oder wo auch immer – immer in einem inneren Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaftspolitik gesehen werden. Es kommt also gerade hier von Deutschland aus zu einer Verschärfung dieses Problems. (D)

Die spannende Frage ist natürlich, warum es diesen Außenhandelsüberschuss überhaupt gibt. Der zentrale Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit – Frau Kudla, ein paar Indikatoren haben Sie ja aufgeführt –, nämlich die Lohnstückkosten, hat mir bei der Betrachtung hier bisher gefehlt. Die Produktivitätsentwicklung und die Lohnentwicklung werden quasi in diesem Indikator zusammengefasst.

(Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: Die wollen Sie erhöhen?)

Den Außenhandelsüberschuss gibt es, weil die Lohnstückkosten in Deutschland in den letzten zehn Jahren gerade einmal um 6 Prozent gestiegen sind, während sie in allen anderen europäischen Ländern um 20 bis 30 Prozent gestiegen sind.

Hier in Deutschland haben die Unternehmer also durch diese sehr schwache Steigerung der Lohnstückkosten einen ganz dramatischen Wettbewerbsvorteil gehabt.

(Oliver Luksic [FDP]: Sie sind doch immer noch höher als in Portugal!)

Die Ursache dafür liegt darin – das ist eigentlich der größte Skandal, den man benennen kann –, dass die Reallöhne in Deutschland in den letzten zehn Jahren um

Michael Schlecht

- (A) 4,5 Prozent gesunken sind. Das ist der zentrale Skandal, der hier zu einer massiven Ungerechtigkeit geführt hat.

(Beifall bei der LINKEN – Oliver Luksic [FDP]: Das ist doch die Angleichung, die Sie wollen!)

Dieser Skandal führte eben auch dazu, dass sich die anderen Länder aufgrund dieser – ich sage es einmal so – ungeordneten Wettbewerbsvorteile und vor allem der Schwächung der Binnennachfrage hier am Ende massiv verschuldet haben. Das Lohndumping in Deutschland ist nicht nur dadurch bedingt, weil es keinen Mindestlohn gibt, sondern vor allen Dingen durch die Agenda 2010, durch den Lohndumpingmechanismus in Form von Befristung, Leiharbeit, Minijobs und dem Arbeitslosengeld II, also Hartz IV. Das ist sozusagen die Ursache für diesen Prozess. Dafür trägt Rot-Grün große Verantwortung. Das sind die entscheidenden Ursachen für die jetzige Situation.

Eines muss man ganz klar sagen: Wenn Europa gerettet werden soll, dann brauchen wir in Deutschland eine Umkehr dieser Entwicklung. Wir müssen wieder hin zu einer ganz anderen Lohnentwicklung kommen. Dies erreichen wir nur, wenn die Agenda 2010 stückchenweise auf eine vernünftige Ordnung am Arbeitsmarkt zurückgeführt wird.

- (B) Es gibt ferner die Möglichkeit, dass es durch Stärkung der Binnennachfrage mehr Importe gibt. Dann gibt es auch die Möglichkeit, dass sich ein Teil der Exportwirtschaft eher auf binnenländische Verwendungen konzentriert. Damit lässt sich der Exportüberschuss abbauen. Dadurch ist es möglich, dass die anderen Länder nicht mehr wie noch heute in die Verschuldung getrieben werden. Am Ende fragt man sich dann, wie das alles passieren konnte.

Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Karl Holmeier für die CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem hier zur Debatte stehenden Antrag haben sich die Grünen endgültig als politisch verantwortungsbewusster Partner disqualifiziert.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wie bitte? – Zurufe von der SPD: Oh!)

Es würde schlecht um Europa stehen, Herr Schlecht, wenn die Linken in unserem Parlament das Sagen hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU]: Nicht nur hier im Parlament!)

Europa braucht ein starkes Deutschland. Das wird in der aktuellen Situation bei der Rettung finanziell angeschlagener Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlicher denn je. Gott sei Dank hat Europa ein starkes Deutschland. Durch die erfolgreiche Arbeit der christlich-liberalen Koalition ist Deutschland vom Bremsklotz zur Lokomotive in Europa geworden. Ich wiederhole: vom Bremsklotz zur Lokomotive. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wer glaubt Ihnen denn das? – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

Diese Stärke ist aber keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Deutschland ist deswegen wirtschaftlich so leistungsfähig, weil es verantwortungsbewusst und erfolgreich regiert wurde und weiter regiert wird, weil Deutschland innovative und erfolgreiche Unternehmen hat und weil wir tüchtige und fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land haben. Nur deshalb sind wir heute eine echte Stütze im gesamten europäischen Währungsraum.

Wer sich wie Grüne und Linke in dieser Situation hinstellt und uns erklären will, dass wir auf europäischer Ebene wirtschaftlich erfolgreich agierende Staaten bestrafen sollen, der schwächt Deutschland und unterschreibt damit das Todesurteil für den Euro und die Europäische Union.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schwächen doch den Stabilitätspakt!) (D)

Vielleicht will das der eine oder andere von Ihnen sogar. Letztlich waren es doch die Grünen und die SPD, die 2004 den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht haben.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie weichen ihn doch gerade auf!)

Die christlich-liberale Koalition hingegen hat das Ziel, den Euro als dauerhafte und zuverlässige Währung weltweit zu etablieren.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Weltweit! Oho!)

Wir wollen mit verantwortungsbewusster Politik die wirtschaftliche Säule der Währungsunion stärken, um gegen künftige Krisen besser gerüstet zu sein.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Jetzt geht es los!)

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Union verbessern. Hierin sind wir uns mit unseren europäischen Partnern im Übrigen einig. Das scheint an den Grünen jedoch vorbeigegangen zu sein. Vom Platzenlassen irgendwelcher Kompromisse kann daher keine Rede sein.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung!)

Karl Holmeier

- (A) Es ist geradezu eine Unverschämtheit, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie wolle die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhindern.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gerade das machen Sie doch!)

Lesen Sie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von letzter Woche. Darin steht eindeutig, dass alle Mitgliedstaaten fest entschlossen sind, alles Erforderliche zu tun, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt uneingeschränkt umzusetzen.

Dabei ist Deutschland übrigens zum Teil bereits über seinen Schatten gesprungen, um mit den anderen Mitgliedstaaten zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen; denn auch wir würden eigentlich gern bereits im präventiven Bereich die sogenannte umgekehrte Abstimmung einführen, um einen Automatismus für Warnungen und Sanktionen zu ermöglichen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen andere Länder auch!)

In einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten kann man seine Vorstellungen aber nicht immer voll durchsetzen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das sagen wir ja auch!)

Ich denke außerdem, wir sollten uns nicht zu stark auf die umgekehrte Abstimmung im präventiven Arm versteifen. Die Realität zeigt, dass solche Maßnahmen in der Praxis weit weniger Bedeutung haben als zunächst angenommen.

(B)

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Holmeier, Sie blockieren genau das!)

So befinden sich heute bereits 24 der 27 Mitgliedstaaten in einem Defizitverfahren. Hier konnte die Hürde auch ohne den Automatismus genommen werden.

Außerdem ist das Kompromissangebot zur Aufnahme einer Überprüfungsklausel, das die europäischen Finanzminister dem Europäischen Parlament gegenüber in dieser Sache gemacht haben, ein faires Angebot, um auch hier zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das findet Ihr Koalitionspartner übrigens lächerlich!)

Weit wichtiger als die Durchsetzung der umgekehrten Mehrheit erscheint mir, im Rahmen der makroökonomischen Ungleichgewichte nicht Länder wie Deutschland ins Visier zu nehmen, die erfolgreich sind und sogar Leistungsbilanzüberschüsse zu verzeichnen haben. Eine Bestrafung dieser Länder wäre für die gesamte Europäische Union absolut kontraproduktiv. Das habe ich eingangs bereits klargemacht.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das will auch keiner!)

Hierin sind sich die Staats- und Regierungschef sowie die EU-Finanzminister auch einig. Ich würde mich

freuen, wenn sich diese Erkenntnis auch bei den Oppositionsfractionen in unserem Parlament durchsetzen würde. Zum Lernen ist es bekanntlich nie zu spät.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU mit dem Titel „Bundesregierung muss unverzüglich europäisch gestalten“. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 17/6316? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen und der Linken gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke zu mehreren EU-Vorlagen zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/6168, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/5904 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der vier übrigen Fraktionen bei Ablehnung der Linken angenommen.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu dem Antrag der Fraktion Die Linke zu Verordnungsvorschlägen des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Korrektur bzw. die Vermeidung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/6175, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/5905 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

(D)